

Bendiek, Annegret / Cramer, Heinz (Hg.): Globale Außenpolitik der Europäischen Union, interregionale Beziehungen und „strategische Partnerschaften“ (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 63), Baden-Baden: Nomos 2009, 237 S., 36,- €, ISBN 978-3-8329-4310-3.

Die europäischen Staaten haben in der besonderen Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Weg von Kooperation und Integration beschritten, nicht zuletzt, um das Ausbrechen eines neuen Krieges zwischen den alten Rivalen auf dem Kontinent zu verhindern. Zunächst freilich standen für die verwüsteten Länder und ihre ausgelaugten Menschen Nahrungsversorgung, Wiederaufbau und wirtschaftlicher Neubeginn im Mittelpunkt. Eine koordinierte Außenpolitik der ungleichen Partner war damals nicht nur am Quai d'Orsay unvorstellbar.

Die nachfolgenden Jahrzehnte haben den Europäern – ob von weltpolitischem Bedeutungsverlust gebeutelte Großmächte, das lange mit der D-Mark prangende Deutschland oder die vom sowjetischen Joch befreiten Mitteleuropäer – bekanntermaßen einen anderen Weg gewiesen. Die Europäische Union (EU) ruht – auch – auf der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Europäische Außenpolitik hat freilich noch weitere Facetten, wie die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Der vorliegende Band widmet sich der EU-Außenpolitik in ihrer gesamten Breite. Ausgangspunkt der Analyse ist die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003/2008. Diese definiert bekanntlich die Rolle und Aufgaben der EU in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld unter den Bedingungen der Globalisierung. Wichtig sind die Beziehungen der EU zu anderen Regionen, namentlich Asien, Lateinamerika, Afrika und der Mittelmeerraum, die im Rahmen von so genannten Strategien weiterentwickelt werden sollen. Außerdem spricht die ESS von bilateralen „strategischen Partnern“, vor allem die USA, Russland, China, Japan und Kanada.

Die Beiträge des Bandes untersuchen die institutionellen, inhaltlichen und konzeptionellen Merkmale der EU-Außenpolitik. Ein Problem für die Analyse ist es, dass der Zielhorizont der EU-Außenpolitik nicht umfassend und widerspruchsfrei definiert ist. In den Blick genommen werden vier interregionale Beziehungsfelder und fünf bilaterale strategische Beziehungen, um die Qualität der EU als globaler Akteur zu beurteilen. Ergänzend behandelt *Bernhard Zepfer* „Strukturen, Akteure und Inhalte der EU-Außenpolitik“, abschließend

fragen die Herausgeber, ob es sich bei den beschriebenen Formen der EU-Außenpolitik um „Hegemoniale Politik in neuem Gewand“ handele.

Der hier beispielhaft vorgestellte Beitrag von *Sven Grimm* – „Afrika: Ein Testfall für die Instrumente europäischer Außenpolitik“ – deckt ein weit zurückreichendes Feld der Außenbeziehungen ab (zum Beispiel die Lomé-Abkommen ab 1975).

Der Beitrag macht deutlich, dass Afrika aus der Perspektive der Europäer nicht mehr nur länger Empfänger (versickernder) Entwicklungshilfe ist, sondern einerseits von erheblicher strategischer Bedeutung ist und andererseits mit Blick auf die Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten bei gleichzeitig nachhaltiger Entwicklung neue Prioritäten und Formen der Zusammenarbeit braucht.

*Grimm* erläutert, aus welchen Quellen sich das Interesse der EU-Mitgliedstaaten an Afrika speist – ein Spektrum, das von ehemaligen Kolonialmächten über humanitär Interessierte bis hin zu früheren sozialistischen Bruderstaaten reicht. Diese Ansätze sind einerseits durch die EU-Afrika-Strategie gebündelt und andererseits durch positive Entwicklungen in Afrika selbst, wie die Gründung der Afrikanischen Union (AU) und das Programm *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD), stimuliert worden. Gleichzeitig ist das Gefahrenpotenzial, das scheiternde oder gescheiterte Staaten bilden, nach 2001 neu einzuordnen.

*Grimm* analysiert die signifikanten Akzentverschiebungen im Verhältnis der EU zu Afrika – Stärkung des politischen Charakters, Kompatibilität der Handelsbeziehungen mit der World Trade Organization (WTO) und Einbeziehung von *good governance* – und stellt die beiderseitigen Mehrebenensysteme und vielfältigen Akteure dar, die miteinander umgehen. Dieses Spannungsfeld eröffneter Chancen und begrenzter Perspektiven ist für die künftige europäische Afrikapolitik eine stete Herausforderung.

Der besprochene Band versammelt die Expertise der Stiftung Wissenschaft und Politik und anderer Think-Tanks und bietet eine beeindruckende Gesamtschau des Themenfeldes der EU-Außenbeziehungen. Die Leserschaft profitiert mit vielfachen Denkanstößen von der anregenden Lektüre.

*Norman Weiß, Universität Potsdam*

Fürst, Heiko: Europäische Außenpolitik zwischen Nation und Union. Die Konstruktion des polnischen, rumänischen und ungarischen Diskurses zur GASP, Baden-Baden: Nomos 2008, 412 S., 69,- EUR, ISBN 978-3-8329-3365-4.

Während in den britischen und dänischen Sozialwissenschaften seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre postmoderne diskursanalytische Zugänge durch die Arbeiten von Laclau, Mouffe, Campbell oder Walker auf größere Reso-

nanz stoßen, hat in Deutschland die „linguistische Wende“ Internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaft zwar ansatzweise, aber (noch) nicht in gleichem Ausmaß erfasst. Generell stellen postmoderne Ansätze vermeintlich objektive Wahrheiten infrage und ziehen damit gegen die an quantitativ-messenden, an Variablenschemata sowie Kausalzusammenhängen orientierten Theorieschulen wie den Neorealismus zu Felde. Statt auf Ereignisse selbst zielen sie ab auf Repräsentationsformen von Ereignissen wie Symbole, Bilder oder Texte. Vor allem Sprache ist aus dieser Sicht die Ebene von Sinnerzeugung, welche die Wirklichkeit letztlich konstruiert. Aus einer solchen Perspektive gibt es keine sprachunabhängige, diskursjenseitige Realität. Durch postmoderne diskursanalytische Methoden werden nun gängige „Erkenntnisse“ dekonstruiert beziehungsweise in Diskurskontexten befindliche Formen und Regeln der Repräsentation aufgedeckt.

In diesem Zusammenhang verortet Heiko Fürst die seiner Dissertation zugrunde liegende „Theorie des diskursiven Konstruktivismus“, die jedoch nicht in kritischer Absicht auf die Dekonstruktion gängiger gesellschaftlicher Identitäts- und Interessenzuschreibungen abzielt. Vielmehr legt sie durch Texte erzeugte Diskursstrukturen offen, welche die Akteure konstituieren und ihre Möglichkeiten politischen Handelns kanalisieren, indem sie „die Grenzen des sinnvoll Sagbaren einschränken und dadurch politisch wirksam sind.“ (S. 333). Trotz seiner interpretativ-hermeneutischen Vorgehensweise ist der Autor um eine Anschlussfähigkeit an rationalistische Ansätze bemüht.

Mit seinem Verfahren widmet sich Fürst den nationalen Diskursgemeinschaften Polens, Ungarns und Rumäniens und prüft, wie deren (sicherheits-)politische Akteure Stellung zur europäischen Integration und speziell zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU) und der ihr zugehörigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beziehen. Damit befindet sich die Studie an der disziplinären Schnittstelle zwischen Außenpolitik-, Integrations- und Osteuropaforschung. In einem ersten Schritt (Teil II) arbeitet Fürst die Konstruktionen der jeweils nationalen (potentiell über Landesgrenzen hinausreichenden) Diskurse und die in ihnen enthaltenen grundlegenden Wahrnehmungen und Kerntopoi heraus, denen eine politische Prägekraft zugeschrieben wird. In einem zweiten Schritt (Teil III) nimmt er die Positionen der politischen Akteure zu zentralen Aspekten der GASP und der ESVP in den Blick und fragt, inwieweit diese von den in Teil II identifizierten Grundmustern bestimmt sind. Innerhalb des zweiten Schritts nimmt sich der Autor auch den nationalen Diskursen über den Kosovo- sowie den Irakkrieg an, an denen sich alle drei Länder beteiligt hatten (S. 312-327).

Primär geht es in dem diskursanalytischen Verfahren um das Identifizieren hegemonialer „Knotenpunkte“, die das diskursive Feld für eine gewisse Zeit

dominieren. An ihnen wird Bedeutung festgemacht, und um sie herum bilden sich diskursive Formierungen aus, so dass der Diskurs temporär fixiert wird. Die Kenntnis solcher Knotenpunkte kann Auskunft darüber geben, wie es mit den Bedingungen von Wandel und Stabilität in einem politischen System bestellt ist – ohne dass die zugrunde liegende Methode imstande wäre, außenpolitische Phänomene in einem positivistischen Sinne zu erklären, wie der Autor selbst einschränkt. In zwei Diskurskategorien werden diese Knotenpunkte aufgespürt: in der Kategorie der nationalen Identität und in der Kategorie der Bedrohung dieser nationalen Identität (S. 72-73).

Der Autor hat eine beträchtliche Fülle von Quellen zusammengetragen und mit einem innovativen, in diesem empirischen Kontext bislang noch nicht zur Anwendung gebrachten Zugang zum Sprechen gebracht. Reden, Aufsätze und vielfach eigenständig, aber auch von Dritten durchgeführte Befragungen von beziehungsweise mit Politikern und hochrangigen Beamten aus den drei Staaten dienten ihm als Textkorpus. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Umbruchzeit 1989/90 bis zum EU-Beitritt Polens, Ungarns und Rumäniens im Jahr 2004. Der Aufbau der Dissertation in den nach Ländern untergliederten Teil II und den topisch-länderübergreifend nach einzelnen Dimensionen (Innen-, Außen-, Militärdimension etc.) organisierten Teil III ist plausibel. Der Argumentationsgang ist insgesamt nachvollziehbar, auch wenn an einigen Stellen die Vorgehensweise noch pointierter hätte formuliert und die textliche Leserführung auch durch eine häufigere Rekapitulation von bereits erarbeiteten Inhalten noch hätte verbessert werden können. So wurden die erwähnten, am Ende von Teil III untersuchten Diskurse um den Kosovo- und Irakkrieg in den einführenden Abschnitten nicht angekündigt; die einzelnen Länderkapitel in Teil II (S. 79-188) enden jeweils ziemlich abrupt – ohne eine synthetisierende Zusammenfassung –, bevor die Ergebnisse einem Vergleich unterzogen werden.

Zunächst kommt Fürst zu dem Befund, dass sich die nationalen Debatten im Wesentlichen innerhalb der Debatten der „EU-15“ bewegten. Damit tritt der sozialisierende Effekt des EU-Beitrittsprozesses zutage, der in den empirischen Kapiteln immer wieder aufscheint. In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass gerade jüngere Entscheidungsträger aus den drei Ländern sich den Diskursen der etablierten Mitgliedsstaaten noch eher und umfassender anschlossen als ihre älteren Landsleute. Dennoch unterscheiden sich die nationalen Grundlagendiskurse mit jeweils eigenen, länderspezifischen Wahrnehmungsstrukturen voneinander. Obwohl alle drei Länder von einem erweiterten Sicherheitsverständnis ausgingen, ist beispielsweise der Bedrohungsdiskurs in Polen durch die Konstruktion einer prekären Zangenlage bestimmt, in der sich das Land zwischen Deutschland und Russland befinde. „Im Gegensatz zu Polen wurde die rumänische Nation als eine ‚duldende‘ Nation konstruiert, die

sich gegen Fremdherrschaften nicht auflehne.“ (S. 123) Auch in Ungarn kristallisierte sich kein vergleichbar wirkmächtiger Topos heraus: „Anders als in Polen verschwand im ungarischen Diskurs mit dem Zusammenbruch des Ostblocks [...] die Gefahrenperzeption der nach wie vor potenten Sowjetunion fast vollständig.“ (S. 160) Wenngleich Ungarn wie Polen noch immer in großem Umfang abhängig von der Einfuhr russischer Energieträger sind, wurde dieser Umstand in Warschau – nicht aber in Budapest – als Sicherheitsproblem artikuliert (S. 191). Und obwohl der internationale Terrorismus in allen untersuchten Staaten als globale Herausforderung wahrgenommen wird, unterscheiden sich doch die Wahrnehmungen in Bezug auf seine Ursachen. Damit korrespondieren dann jeweils unterschiedliche Strategievorschläge, so etwa in Rumänien die Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Die EU-politischen Spezialdiskurse vollzogen sich jeweils in dem Diskursrahmen, der von den nationalen Basisstrukturen vorgegeben wurde. Abweichungen lassen sich etwa an der Tatsache festmachen, dass trotz ähnlicher Einschränkungen, mit denen Polen und Ungarn durch die im Verfassungsvertrag avisierte neue Stimmgewichtung im Rat konfrontiert waren, dieser Umstand in Warschau zu einer deutlich stärkeren Opposition führte. Auch agierten polnische Eliten im Vergleich zu ihren rumänischen Kollegen oft weitaus offensiver, obwohl die Standpunkte beider Seiten häufig ähnlich waren.

Neben den schon angedeuteten, eher marginalen kritischen Anmerkungen zur Struktur der Arbeit lassen sich noch einige gewichtigere Einwände anführen, die den Wert und Erkenntnisgewinn der Arbeit zwar nicht entscheidend schmälern, aber doch erwähnt werden sollen. So ist zum einen die Lektüre der Hauptkapitel angesichts der Fülle des verarbeiteten Materials streckenweise mühsam – sowohl was ihren großen Umfang betrifft, als auch hinsichtlich der Darstellung in Form der vielfach verwendeten Halbsatz-Zitate in direkter Rede (Insgesamt enthält die Arbeit nahezu 1900 Fußnoten.). Hier hätte man die Daten möglicherweise stärker aggregieren können, vielleicht auch visualisiert in Form des auf Seite 53 beispielhaft präsentierten Diskursverlaufsschemas, welches die Streuung der Diskurspositionen innerhalb eines Diskurses und die qualitative Differenz zwischen einzelnen Diskursen angibt.

Zum anderen ist die nicht völlig eindeutige epistemologische Verortung des Zugangs zwischen reflexivem Verstehen und rationalistischem Erklären bisweilen irritierend. Weicht der Autor im Verlauf der Studie partiell von seinem postmodernen Credo ab, möglicherweise um sich die Anschlussfähigkeit an den wissenschaftlichen *mainstream* zu sichern, wie das als Wunsch wiederholt formuliert wird? Und falls ja, wie weit? Wird materielle Wirklichkeit gemäß der postmodernen Grundauffassung generell negiert und als rein subjektives Phänomen konzeptualisiert, wie dies etwa die Rede von der „postulierten militärischen Macht der USA“ (S. 187) impliziert? Oder liegt der Arbeit nicht

doch – wie man wiederholt den Eindruck gewinnt – die Vorstellung von einem Doppelcharakter der Gesellschaft als subjektiv gemeintem Sinn *und* als objektiver Faktizität zugrunde, bei der also die Existenz materieller Realität nicht rundweg abgestritten wird, wengleich sie lediglich einen geringen Teil der gesamten Wirklichkeit ausmache?

In diesem wissenschaftstheoretischen Zusammenhang stellt sich auch, drittens, die ontologische Frage, inwieweit politischen Akteuren zumindest in diskursiv abgesteckten Grenzen tatsächlich die Fähigkeit zu instrumentellem, absichtsvollem Handeln konzidiert wird. Hierbei handelt es sich um eine Prämisse, die Akteurhaftigkeit überhaupt erst sinnvoll erscheinen lässt. Die Studie möchte „die komplexe Interaktion von Akteur und Struktur vermittels der Sprache“ berücksichtigen (S. 43), und die „außenpolitischen Initiativen“ (S. 277-294) lassen einen akteurstheoretischen Zugang vermuten. Prinzipiell sind postmoderne Diskursanalysen indes an strukturtheoretische Kategorien gebunden, die reine Debattenbeiträge unter Verzicht auf deren Kontext rekonstruieren und politisches Handeln nicht zum Untersuchungsgegenstand erheben. Auch die Frage, inwieweit politische Diskursbeiträge möglicherweise strategisch motiviert sind beziehungsweise an welche Adressaten sie sich richten, blendet eine solche Sichtweise aus. Eine Handlungstheorie aus diskursanalytischer Sicht kann es aufgrund ihres strukturalistischen Ausgangspunkts nicht geben. Zwar macht der Autor auf diesen Umstand aufmerksam: „Konkretes politisches Handeln bleibt im Rahmen der Arbeit sekundär.“ (S. 13) Dennoch gewinnt man wiederholt den Eindruck, als sei der wissenschaftstheoretische Standpunkt nicht vollständig geklärt.

Ungeachtet dieser Einwände liefert der kenntnisreiche Beitrag wichtige Einsichten und dürfte die integrationswissenschaftliche Debatte um die Zukunft der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im EU-Kontext befruchten. Er ist nicht nur von heuristischem Wert, sondern besitzt darüber hinaus auch eine praktische Bedeutung. Denn er trägt dazu bei, die potentiellen Begrenzungen und Möglichkeitsräume einer gemeinschaftlichen GASP auszuloten, und zwar auf der von traditionelleren Zugängen nicht oder kaum beachteten Ebene von Regelsystemen, durch die Wirklichkeit definiert und verändert wird – auch wenn über das konkrete Ausmaß der Wirkmacht von Sprache sicherlich noch so mancher Diskurs geführt werden dürfte.

*Sebastian Mayer, Universität Bremen*

Husar, Jörg / Maihold, Günther / Mair, Stefan (Hg.): Neue Führungsmächte: Partner deutscher Außenpolitik? [Internationale Politik und Sicherheit, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bd. 62], Baden-Baden: Nomos 2009, 310 S., 44,- €, ISBN: 978-3-8329-4158-1.

Die Diskussion um aufstrebende Akteure läuft seit einigen Jahren und hat durch die jüngsten Beiträge von Parag Khanna und Fareed Zakaria an Bedeutung gewonnen. In die Debatte um die so genannten *secondary powers* greift nun die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ein und fragt in dem hier besprochenen Sammelband, was der Aufstieg dieser Staaten für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland bedeutet.

Wie alle Bände, die in der Reihe Internationale Politik und Sicherheit bisher von der SWP vorgelegt wurden, überzeugt auch dieser jüngste Beitrag durch eine argumentative Kohärenz in der Komposition des Buches und stringent durchgehaltene Struktur der einzelnen Beiträge. Der Band vereinigt einige Länderstudien, in denen neue Führungsmächte aufgegriffen werden, und schaut in der zweiten Sektion auf bestimmte Politikfelder, die der Bundesrepublik wichtig sind und möglicherweise Anknüpfungspunkte für eine vertiefte Kooperation zwischen den aufstrebenden Akteuren und der Bundesrepublik bieten. Dabei ist allen Beiträgen gemein, dass sie nicht nur auf hohem wissenschaftlichen Niveau verfasst sind, sondern auch Handlungsoptionen für die deutsche Außenpolitik formulieren wollen. Besonders das Vorhaben, den Aufstieg neuer Führungsmächte qualitativ zu analysieren, hebt sich angenehm von anderen Ansätzen ab, die meist nur auf der Erhebung rein volkswirtschaftlicher Daten beruhen.

Auch wenn das Buch in dieser Hinsicht eine Bereicherung der Diskussion ist, müssen allerdings einige Einwände erhoben werden. So greifen die Herausgeber zwar den deutschen Forschungsstand auf und kritisieren etwa an dem vom German Institute of Global and Area Studies (GIGA) eingeführten Konzept der regionalen Führungsmächte, dass dieses die regionalen Bezugsrahmen neuer Mächte nicht ausreichend definieren würde. Allerdings vermag der Ansatz des hier vorgestellten Forschungsprojektes diese Lücke nicht zu schließen: Der regionale Bezugsrahmen der neuen Führungsmächte wird in den meisten Länderberichten erst gar nicht aufgegriffen. Damit eng verbunden ist das zweite Problem: So geben sich die Herausgeber zwar sichtlich Mühe, die Auswahl der Fallbeispiele zu rechtfertigen – behandelt werden in den Länderstudien Australien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika, Südkorea und Thailand –, doch fällt dabei auf, dass neben der geographischen Schieflage einer starken Fokussierung auf Asien vollkommen unproblematisiert bleibt, dass jedem dieser Staaten regionale Konkurrenz erwachsen ist. In Lateinamerika etwa wird der Führungsanspruch Brasiliens nicht gänzlich ohne Erfolg von

Venezuela herausgefordert und in Sub-Sahara Afrika haben neben Südafrika auch Nigeria und Äthiopien einen nicht unbedeutenden Führungsanspruch, der, etwa im Falle des äthiopischen Eingreifens im benachbarten Somalia, im Gegensatz zu Südafrika auch einen klaren sicherheitspolitischen Ordnungswillen erkennen lässt. Nun ist aber die Auswahl der Fallbeispiele bei einem solchen Unterfangen stets ein nur unbefriedigend lösbares Problem und daher sind diese Einwände eher marginaler Natur. Ein grundsätzlicherer Einwand ergibt sich jedoch aus einer der zentralen Anlagen des Buches. So klopfen die Autoren ihre Fallbeispiele und Politikfelder auf die Frage ab, wo deutsche Außenpolitik bereits Standortvorteile genießt, also die politische Kapitalisierung von Gemeinsamkeiten leichtfallen müsse. Der darin liegenden und von den Herausgebern gewollten politikberatenden Dimension wohnt die Gefahr inne, dass die Bundesrepublik so bereits bestehende bilaterale Beziehungen perpetuiert, ohne dabei jene Akteure ausreichend im Blick zu haben, die neu auf die Bühne treten und mit denen die Bundesrepublik eben keine besonderen Beziehungen gehabt hat. Insofern liefert der vorliegende Band mehr eine Bestandsaufnahme als eine Inspiration für die deutsche Außenpolitik.

*Dustin Dehéz, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)*

Kempin, Ronja: Frankreichs neue Sicherheitspolitik. Von der Militär- zur Zivilmacht, Baden-Baden: Nomos 2008, 233 S., 34,- €, ISBN 978-3-8329-3614-3.

Verschreibt sich die französische Aussenpolitik zunehmend dem Multilateralismus? Wendet sich Frankreich vom Einsatz militärischer Mittel in den internationalen Beziehungen ab? Kurzum: Ist Frankreich auf dem Weg zur Zivilmacht? In dem vorliegenden Werk wendet Ronja Kempin sozio-linguistische Forschungsansätze an, um diese Fragenstellung zu untersuchen. Im ersten Teil der Arbeit werden theoretische, konzeptionelle und methodologische Aspekte der Untersuchung präsentiert. Der zweite Teil ist der Analyse vier empirischer Fallstudien gewidmet.

Einleitend argumentiert Kempin, dass zwischen der ‚sicherheitspolitischen Identität‘ eines Staates, also dem Selbstverständnis eines Landes einerseits und seinem politischen Handeln andererseits eine Beziehung besteht. Aussenpolitische Antworten auf konkrete Sicherheitsproblematiken, so das Argument, müssen mit dieser Identität übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, so drohen Politiken am Widerstand der Bevölkerung zu scheitern. Aufgabe der politischen Elite ist es, durch Betonung verschiedener Aspekte der nationalen Identität, durch das Hinzufügen neuer Elemente oder durch das Abschreiben alter Komponenten Kongruenz zwischen Handeln und Identität herzustellen. Die nationale Identität eines Staates ist somit ganz im Sinne der sozio-linguistischen Theorien nicht ewig, sondern immer veränderbar.

Auf dieses theoretische Grundgerüst stützten sich die Fokussierung auf Frankreich sowie die weiteren konzeptionellen Diskussionen. Kempin identifiziert hier den aufklärerisch-moralischen republikanischen Universalismus, das Selbstverständnis als potente und autonome Militärmacht sowie das Verlangen nach einer weltpolitischen Sonderstellung als zentrale Komponenten der traditionellen sicherheitspolitischen Identität Frankreichs. Dieser Identität wird das idealtypische Konzept einer Zivilmacht entgegengesetzt. Ein Staat wird als Zivilmacht verstanden, wenn er militärische Macht als aussenpolitisches Mittel ablehnt und regel- und verständigungsorientiertes Handeln favorisiert.

Der zweite Teil untersucht in vier empirischen Fallbeispielen – dem Kosovokrieg von 1999, dem amerikanischen Vergeltungsschlag gegen die Taliban im Herbst 2001, den Krisen in Côte d'Ivoire nach 2000 und der amerikanischen Irakinvasion von 2003 – wie das sicherheitspolitische Handeln Frankreichs in Politik und Öffentlichkeit von verschiedenen Akteuren erklärt und in Einklang mit alten und neuen Identitätselementen gebracht wurde. Dazu entflechtet jede der vier Untersuchungen Präsidial-, Regierungs-, Partei- und Medienpositionen und kategorisiert diese nach traditionellen und Zivilmachtkomponenten. Im Verlauf dieser Analysen, aber auch in den Schlussbetrachtungen des Buches konstatiert die Autorin eine Verschiebung der sicherheitspolitischen Diskurse in Richtung Zivilmacht.

Die Frage nach der ‚Zivilisierung‘ der internationalen Politik stellt eine grundlegende Thematik der Internationalen Beziehungen dar. Somit leistet die vorliegende Arbeit einen aktuellen Beitrag zum Verständnis internationaler Ereignisse. Auch die gut zugängliche und flüssig geschriebene Analyse der französischen Politik und die sorgfältige Entflechtung der vielfältigen französischen sicherheits- und aussenpolitischen Positionen stellen wertvolle formulierte Beiträge dar. Dennoch ist die vorliegende Arbeit nicht ohne zentrale Schwachpunkte.

So ist die multi-dimensionale Konzeptionalisierung von Militär- und Zivilmacht problematisch. Es erscheint unklar, wieso sich Militärmacht zwingend mit Unilateralismus und Zivilmacht zwingend mit Multilateralismus paaren sollten. Zu leicht finden sich Beispiele, die Gegenteiliges aufzeigen. Frankreichs Gründungsmitgliedschaften im Brüsseler Pakt und der Atlantischen Allianz, das gescheiterte Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, aber auch die verschiedenen nachfolgenden bilateralen Deutsch-Französischen Verteidigungsvereinbarungen ziehen zum Beispiel stark in Zweifel, ob die Privilegierung von militärischer Macht und Unilateralismus in Frankreich traditionell wirklich derart klar einherging. Gleichzeitig hinterfragen auch Frankreichs Gründungsmitgliedschaften im Europarat, den Europäischen Gemeinschaften und dem Helsinki Prozess, ob eine ‚traditionelle Identität‘ überhaupt erst auf Militärisches reduziert werden darf.

Dass die definierenden Komponenten der beiden Leitkonzepte konzeptionell nicht klar zugeordnet werden können, generiert für die Forschungsanlage tieferegreifende Probleme. Dadurch dass auch die Methodologie der qualitativen Zuordnung in der vorliegenden Arbeit nur begrenzt diskutiert wird, bleibt es streckenweise unklar, wie die untersuchten einzelnen politischen Debatten den beiden Leitkonzepten praktisch zugeordnet werden. In der Analyse der Kosovokrise zum Beispiel werden menschenrechtsdiskursgestützte Verfechtungen des NATO-Einsatzes als unilaterales, republikanisch-moralisches Vorgehen und somit als traditionelles Militärmachtelement eingestuft, Bejahungen aus Motiven von Recht und Gerechtigkeit jedoch als multilaterales regelorientiertes Zivilmachthandeln. Gleichzeitig wird dabei übersehen, dass es sich bei dem Fall prinzipiell um eine multinationale militärische Aktion handelte – eine Gegebenheit, die also schon in sich selbst die Differenzierung der Konzepte hinterfragt.

Somit scheint es, dass sich das Fazit der Arbeit, also die Feststellung, dass sich die französische sicherheitspolitische Identität innerhalb einer vergleichsweise kurzen Analyseperiode zur Zivilmacht gewandelt habe, sich auch wesentlich aus konzeptionellen und empirischen Überzeichnungen ergibt. Denn wie die ‚traditionelle Identität‘ teilweise wenig zimperlich und gar stereotypisch auf normativen Universalismus, *Grandeur*, Militärpolitik und Antiamerikanismus reduziert wird, scheint es unmöglich, in der französischen Geschichte Zivilmachtelemente überhaupt erst zu entdecken. Für den Leser wird es dadurch schwierig zu erfassen, ob im analysierten Zeitraum wirklich ein Wandel stattgefunden hat oder ob dieser nicht daher rührt, dass die ‚traditionelle Identität‘ als Ausgangslage überhöht dargestellt wurde. Eine differenziertere Präsentation der zentralen französischen sicherheitspolitischen Gedankengänge der Nachkriegszeit – die öffentliche Aufarbeitung der Suezkrise zum Beispiel, die politischen Reaktionen auf die amerikanische Nukleardoktrin der sechziger Jahre oder die Konzeptionalisierung eines Amerikanisch-Sowjetischen ‚Weltdirektorats‘ – wäre einem tieferen Verständnis der zeitgenössischen französischen Sicherheitspolitik zuträglich gewesen.

*Jonas Hagmann, The Graduate Institute of International and Development Studies (IHEID), Geneva / Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich*